

## Amerikas empfindliche Flanken: Energiesicherheit, Identitätskrise des Partners Europa

Aus amerikanischen Fachzeitschriften

Robert Lепенies / Thomas Rausch / Jens van Scherpenberg

In die außenpolitische Debatte der amerikanischen Fachöffentlichkeit haben sich im Verlauf des Jahres 2006 zunehmend Zeichen der Verunsicherung über die eigenen Perspektiven gemischt. Vor dem Hintergrund steigender Öl- und Gaspreise und krisenhafter Entwicklungen in wichtigen Förderregionen wächst in den USA die Sorge um die Energieversorgung und deren außenpolitische Implikationen. Beginnt Energiesicherheit daheim? Gilt es, die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken? Oder ist umso entschlossener die Stabilität der Förderregionen zu stärken? Das andere große Thema ist Europa. Man fragt sich, ob der atlantische Verbündete auf die Dauer überhaupt noch ein handlungsfähiger Partner ist. Noch immer ist die Neigung groß, Europa abzuschreiben, politisch, moralisch, demographisch. Aber es mischen sich verstärkt Stimmen in die Debatte, die auf die nachhaltigen Stärken der EU hinweisen.

**Daniel Yergin**, Leiter der Cambridge Energy Research Associates, gehört zu den wenigen Autoren, die sich an einer Definition des Begriffs »Energiesicherheit« versuchen. In seinem Artikel »Ensuring Energy Security« in *Foreign Affairs* weist er darauf hin, dass Energiesicherheit zwar im Großen und Ganzen die Verfügbarkeit von ausreichenden Energieträgern zu erschwinglichen Preisen umschreibe, die Erfüllung dieser Bedingung jedoch von allen Ländern unterschiedlich interpretiert werde und für diese mit sehr verschiedenen Herausforderungen verbunden sei. So bedeute Energiesicherheit für erdölexportierende Staaten wie

Saudi-Arabien in erster Linie Nachfragesicherheit, für ressourcenarme Staaten wie Japan Angebotssicherheit durch Diversifizierung oder Handel. Während die Debatte in Europa hauptsächlich um die Frage kreise, ob man in Zukunft auch ausreichend Erdgaslieferungen erhält, konzentrierte man sich in den USA vor allem auf das zunehmend utopische Ziel der Energie-Selbstständigkeit (*energy independence*). Unabhängig von der Interpretation sei der heutige Begriff der Energiesicherheit jedoch in jedem Falle veraltet und zu eng gefasst. Das vor dem Hintergrund der ersten Ölkrise von 1973 entstandene Energiesicherheitssystem

um die International Energy Agency (IEA) müsse um zwei wichtige Dimensionen erweitert werden, um den neuen Realitäten des internationalen Energiemarkts (Versorgungsengpässe, gestiegene Nachfrage, Bedrohung durch Terroranschläge, Instabilität einiger ölexportierender Staaten usw.) gerecht zu werden: Zum einen sei es erforderlich, das bisher auf die OECD-Länder beschränkte Regime auszuweiten. Erst wenn auch Entwicklungsländer, vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften China und Indien, auf die ein immer größerer Teil der Nachfrage entfalle, einbezogen würden, könne ein wirklich effektives Sicherungssystem entstehen. Zum anderen müsse die gesamte Energie-Transportkette gesichert werden; neuralgische Transportpunkte wie die Straße von Hormus oder die Straße von Malakka und das gesamte Pipelinesystem müssten besser geschützt werden.

Nach Yergins Auffassung sind es also sowohl sicherheits- wie wirtschaftspolitische Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, damit das strategische Politikziel Energiesicherheit erreicht werden kann. Diese werden im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs immer wieder aufgegriffen.

### Sicherheitspolitische Herausforderungen

**Nadar Elhefnawy** von der University of Miami gibt in seinem Beitrag »Toward a Long-Range Energy Security Policy« in *Parameters* der verbreiteten Position Ausdruck, dass Energiesicherheit zu Hause beginnen müsse. Er geht aufgrund der Beschränktheit der globalen Ölvorräte von einer weiteren Verschärfung der Energiekrise aus, was zu schweren politischen Verwerfungen bis hin zu Kriegen um Ressourcen führen könne. Anzeichen für solche gewaltsamen Konflikte seien bereits auf fast allen Kontinenten erkennbar. Als innenpolitische Folgen der immer kostspieligeren Bereitstellungskosten von Energie drohten Überschuldung und gar Staatszerfall. Zudem werde es für die Staaten dadurch immer schwerer, andere Probleme wie den Klimawandel oder das

starke Bevölkerungswachstum zu bewältigen. Gleichzeitig entstehe möglicherweise auch ein fruchtbarer Nährboden für die Verbreitung radikaler Ideologien.

Den einzigen Ausweg sieht Elhefnawy im konsequenten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern, zumal diese im Gegensatz zur Atomenergie nicht den Kollateralschaden nuklearer Proliferation nach sich zögen. Da die Marktanreize für unternehmerische Investitionen in diesem Bereich nicht ausreichten, müsse die Nutzung erneuerbarer Energieträger vorerst staatlich subventioniert werden. Langfristig werde diese Strategie nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch wirtschaftliche Früchte tragen: indem sie die USA zum Weltmarktführer auf dem Gebiet der alternativen Energieträger mache.

Der bekannte New-York-Times-Kolumnist **Thomas L. Friedman** sieht Energiesicherheit vor allem als Problem der amerikanischen Außenpolitik. Er formuliert in *Foreign Policy* eine beunruhigende Beobachtung in »Öl-bestimmten Staaten« (*petrolist states*), deren Sozialprodukt großenteils im Erdöl-export entsteht und in denen zugleich autoritäre Regierungssysteme herrschen. Über die letzten 25 Jahre lasse sich eine klar negative Korrelation erkennen: Je höher der Ölpreis, desto stärker würden demokratische Freiheiten beschränkt; je niedriger der Ölpreis, desto größer werde der politische Reformdruck. Was Friedman griffig als »Naturgesetz der Öl-Politik« (*The First Law of Petro-Politics*) bezeichnet, ist ähnlich seit langem unter dem Namen »Holländische Krankheit« (*Dutch Disease*) bekannt: die Tendenz ressourcenreicher Staaten, sich unter Einsatz der aus dem Ressourcenexport resultierenden Staatseinnahmen von innenpolitischem Reformdruck freizukaufen.

Friedman stellt jedoch die außenpolitischen Implikationen dieses Phänomens in den Vordergrund: Regierungen erdöl-exportierender Staaten, die sich innenpolitisch gegen Kritik immunisiert haben (z.B. Venezuela), gewannen in Zeiten hoher Ölpreise einen ungeahnten diplomatischen Spielraum, um ihre außenpolitische Einfluss-

sphäre zu erweitern (z.B. Russland). Diese Entwicklung schränke den Handlungsradius ölimportabhängiger Staaten wie der USA empfindlich ein.

Friedmans Argumentation wird durch einen Beitrag des Newsweek-Korrespondenten **Christopher Dickey** im selben Heft von *Foreign Policy* unterstützt. Der Streit um das iranische Atomwaffenprogramm, so Dickey, mache den Einflussverlust der USA besonders augenfällig. Durch die große Abhängigkeit ihrer Volkswirtschaften von Rohölimporten seien weder Europa noch die USA in der Lage, dem Iran ernsthaft zu drohen, da dieser sie mit einem Rohölaufuhrstopp besonders empfindlich treffen könne. Die gegenwärtigen Versorgungsengpässe und hohen Ölpreise verschafften dem Iran einen »Öl-Schutzschild« (»The Oil Shield« ist der Titel von Dickeys Beitrag), unter dem er sein nukleares Programm – ob nun zivil oder militärisch – weiter vorantreiben könne.

Für **Flynt Leverett** von der Brookings Institution und **Pierre Noël** vom Französischen Institut für Internationale Beziehungen in Paris ist der außenpolitische Machtzuwachs, den bestimmte Staaten dank ihrer Energieressourcen auf Kosten der USA erfahren, nicht nur eine vorübergehende Erscheinung. Wie sie in *The National Interest* schreiben, institutionalisiere sich diese Kräfteverschiebung vielmehr gerade in Form einer »Achse des Öls« (*Axis of Oil*), die sich zu einem Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonie im internationalen System entwickle. Kern dieser Achse seien die komplementären Interessen der beiden größten strategischen Rivalen der USA: Russland und China. Russland habe die angespannte Lage auf dem Ölmarkt genutzt, um über die Marktmacht seiner staatlich kontrollierten Energie-Großkonzerne seine Interessensphäre in Zentralasien erfolgreich auszubauen und den amerikanischen Einfluss dort zurückzudrängen. China versuche, seinen enorm steigenden Energiebedarf nicht über den freien Markt, sondern durch einen staatlich unterstützten, privilegierten Zugang zu bestimmten Res-

sourcenquellen zu decken, die es gegen die Ausbeutung durch andere Staaten verteidige. So würden die USA langsam vom Zugang zu Energievorkommen abgeschnitten. Leider sei absehbar, dass sich diese beiden Entwicklungen zu einer gemeinsamen Bewegung gegen die USA vereinigen werden. Chinas Interesse an einer zuverlässigen Energieversorgung und Russlands Interesse an einem sicheren Absatzmarkt für seine Energielieferung bildeten die Grundlage einer engeren Kooperation der beiden Nachbarn. Diese energiepolitische Zweckgemeinschaft müsse jedoch längst nicht auf Russland und China beschränkt bleiben. Vielmehr seien die USA durch ihre engstirnige und konfrontative Haltung gegenüber der Regierung in Teheran auf dem besten Wege, auch den Iran in die Achse des Öls zu drängen, wo er die Technologie und das Kapital zum Ausbau seiner Förderfähigkeit erhalten werde, die ihm Europa und die USA verweigerten.

Um wieder mehr außenpolitischen Handlungsspielraum zu gewinnen, sei daher eine kooperative Einstellung gegenüber den beiden Großmächten geboten. Nur durch den Aufbau von Vertrauen und den Abbau gegenseitiger Bedrohungswahrnehmungen könnten die USA ein entgegenkommenderes Verhalten Chinas und Russlands erreichen, das sich in einem marktfreundlicheren und weniger merkantilistischen Vorgehen beider Mächte ausdrücken könnte. Die jüngste amerikanische Politik habe diesem Ziel jedoch einen Bärendienst erwiesen: Die öffentliche Kritik von Vizepräsident Richard Cheney an der Politik der russischen Regierung im Mai dieses Jahres und der Widerstand des US-Kongresses gegen den Einstieg des chinesischen Staatskonzerns CNOOC beim amerikanischen Energieunternehmen Unocal im vergangenen Jahr hätten den Graben zwischen den Staaten eher vergrößert.

Mit dieser Ansicht steht der Artikel von Leverett und Noël in einer Reihe von Arbeiten zur Energiesicherheit, die eine weit weniger chinakritische, sehr viel realpolitischere Haltung widerspiegeln, als sie in der

amerikanischen Diskussion zu Chinas Aufstieg zu finden ist.

**Michael T. Klare** hat sich mit seinen Arbeiten zur wachsenden Bedeutung internationaler Ressourcenkonflikte seit langem einen guten Namen gemacht hat. In seinem Artikel »Fueling the Dragon: China's Strategic Energy Dilemma« in *Current History* präsentiert er China als ein besonders prägnantes Beispiel für seine Thesen. Nach Klare hängt die innenpolitische Legitimität und damit auch Stabilität der chinesischen Regierung vor allem von ihrer Fähigkeit ab, den Lebensstandard der »Durchschnitts-Chinesen« (*ordinary Chinese citizens*) weiter zu verbessern. Das dazu notwendige starke Wirtschaftswachstum erfordere jedoch einen Energieeinsatz, den China aus seinen eigenen Kohlevorkommen nicht decken könne. Das Land sei in wachsendem Maße auf den Import anderer Energieträger angewiesen. Dass Öl unter diesen ein so großes Gewicht erhalte, sei einem Dilemma der chinesischen Politik geschuldet. Mit der Erhöhung des Lebensstandards treibe die Regierung auch die Motorisierung der Bevölkerung unaufhaltsam voran und steigere so die Nachfrage nach Erdöl. Als Spätstarter beim Wettlauf um weltweite Erdölförderkonzessionen müsse China sich unweigerlich mit den Brosamen der globalen Erdölvorkommen zufrieden geben und in solchen Regionen investieren, die westliche Energiekonzerne noch nicht erschlossen haben. Die verstärkte Zusammenarbeit mit zweifelhaften Regimen (Sudan, Iran, Usbekistan) sei unter diesen Umständen unvermeidlich. Die daraus entstehenden Spannungen würden künftig eher zu- als abnehmen, da China eine ähnliche Zwangslage auch beim Erdgas drohe. Das Energiedilemma sei allerdings kein chinesisches, sondern ein globales Problem, das man nicht durch Schuldzuweisungen an die Führung in Beijing, sondern nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit lösen könne. Die Entwicklung alternativer Energieträger und die Diversifizierung der chinesischen Energiequellen seien der wichtigste Beitrag zur Verhinderung eines geopolitischen

Wettkampfs, wie es ihn schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben habe.

### **Volkswirtschaftliche Herausforderungen**

Neben den sicherheitspolitischen und geostrategischen Aspekten der Energiesicherheit werden auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Implikationen der angespannten Lage auf dem Energiemarkt diskutiert. Bereits vor zwei Jahren hatte der Wirtschaftswissenschaftler **Philip K. Verleger jr.** den rasanten Anstieg des Ölpreises von damals 35 auf 60 Dollar pro Barrel als realistisches Szenario eingeschätzt. In seinem Artikel in der Winter-Ausgabe von *The International Economy* spricht Verleger nun sogar offen von der 100-Dollar-Marke und den damit verbundenen Folgen für die amerikanische Volkswirtschaft.

Im Zentrum von Verlegers Beitrag steht die These, dass die nächste amerikanische Rezession – wie schon die drei vorigen – aus Kapazitätsmängeln bei der Verarbeitung und Raffination von Rohöl resultieren werde. Solche Engpässe prägten bereits seit dem Frühjahr 2004 die Situation auf dem Ölmarkt. Hauptursache dafür ist nach seiner Meinung neben einer allgemein höheren Nachfrage für Erdöl der gestiegene Bedarf für bestimmte Raffinerieprodukte, die von den größeren ölverbrauchenden Staaten infolge neuer Umweltstandards benötigt werden. Darüber hinaus bänden strengere Umweltauflagen auch einen Großteil der Investitionen in der Energieindustrie, die diese daher nicht für Kapazitätserweiterungen nutzen könne; die Angebotskurve für Erdöl sei infolgedessen relativ unelastisch. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage könne nur durch die Marktkräfte, also durch höhere Ölpreise, geschlossen werden. Selbst wenn die politischen Entscheidungsträger diesem Problem sofort durch das Setzen von Anreizen für Investitionen im Ölverarbeitungs- und Versorgungssystem begegneten, werde es Jahre dauern, bis diese Aufwendungen Früchte tragen. Deshalb sei auch in den kommen-

den Jahren mit einer unelastischen Angebotskurve und weiter steigenden Energiepreisen zu rechnen, die das gesamte amerikanische Preisniveau erhöhen und so die US-Wirtschaft mit einer Inflationsrate von bis zu fünf Prozent belasten würden. Die Federal Reserve werde diesen Inflations-tendenzen getreu ihrem monetären Ansatz mit höheren Zinsen entgegenwirken, was einen drastischen Einbruch des amerikanischen Wachstums und womöglich sogar eine Rezession nach sich ziehen werde.

Verleger zieht aus dieser Analyse verschiedene Schlussfolgerungen: Zum einen müsse sich die Federal Reserve des Zusammenhangs zwischen den Angebotsengpässen und den Schranken, die diese ihren monetären Politikinstrumenten setzten, bewusst werden, um fatale Fehleinschätzungen für die US-Wirtschaft zu vermeiden. Zum anderen sei die einzige Möglichkeit, den Druck auf die Angebotsseite kurzfristig zu mindern, jene, die Umweltstandards aufzuweichen, eine Alternative, die man Umweltschützern mit höheren Energie-steuern schmackhaft machen könne. Dies werde sich mittelfristig auch auf das Konsumverhalten auswirken und so dazu führen, dass der Druck über die Nachfrageseite abgebaut werde.

### **Unsicherer Partner Europa: Die Skepsis wächst, aber auch die Zuversicht**

**Charles Kupchan**, renommierter Professor an der Georgetown University und Fellow des Council on Foreign Relations, war lange Zeit einer der couragiertesten Verfechter des europäischen Projekts und einer der konsequentesten Euro-Optimisten in den USA. Noch vor wenigen Jahren hatte er gegen den Strom der allgemeinen Meinung die längerfristige Überlegenheit des europäischen Modells gegenüber dem amerikanischen dargelegt. Kürzlich jedoch warf Kupchan resigniert die Frage auf: »Is the EU destined to fail?« (Ist die EU zum Scheitern verurteilt?). Derzeit stecke Europa in der

größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. In Europa sei gegenwärtig eine gewaltige Renationalisierung im Gange. Sie zeige sich im Scheitern des Verfassungsentwurfs, einem zunehmenden wirtschaftspatriotischen Protektionismus und dem Erfolg EU-skeptischer Parteien, zum Beispiel in Großbritannien und Polen. Zugleich wachse die Furcht vor muslimischer Immigration, denn Europa sei »mit multiethnischen Gesellschaften nicht vertraut und [habe] Angst vor einer islamistischen Bedrohung von innen«. Aufgrund des Unvermögens der europäischen Wohlfahrtssysteme, der Doppelbelastung von Globalisierung und EU-Erweiterung standzuhalten, verhärteten sich, so Kupchan, nationalstaatliche Strukturen und begannen viele Europäer, sich hinter dem illusorischen Konzept einer ethnischen nationalen Identität zu verstecken. Gerade das Zusammentreffen der EU-Erweiterung mit dem gesteigerten Zustrom muslimischer Einwanderer habe die traditionelle europäische Identität verwässert und neue soziale Spannungen produziert. Die EU werde gelähmt von politischer Handlungsunfähigkeit, kombiniert mit ökonomischer Stagnation, und dieser Zustand verstärke den öffentlichen EU-Skeptizismus.

Eine Wiederbelebung der Europäischen Union, so Kupchan, könne von einer Partnerschaft Italiens und Deutschlands ausgehen. Da die traditionelle Integrationskraft Frankreich bis zu den Wahlen 2007 gelähmt sei, müsse jetzt diese neue Koalition die politische und ökonomische Eini-gung vorantreiben. Die Europäer sollten die jetzige Krise als einen Wendepunkt anerkennen, denn sonst liefen sie Gefahr, eine der größten Errungenschaften des zwanzigsten Jahrhunderts zu verspielen.

**Jeffrey L. Cimbalo** empfindet keine Enttäuschung über das Projekt Europa. Der Washingtoner Anwalt, ebenfalls Mitglied des Council on Foreign Relations, ist seit langem einer der schärfsten Kritiker der europäischen Integration. Folgerichtig ist ihm die gegenwärtige Krise der EU auch nur Anlass, seiner eigenen Regierung in einem Artikel in *The National Interest* zu emp-

fehlen, angesichts der fehlenden politischen Legitimation und des Defizits der EU auf den Dialog mit Brüssel zu verzichten. In jedem Fall aber sollten die USA von dem Gedanken Abstand nehmen, dass die EU in der Außenpolitik jeden ihrer Mitgliedstaaten repräsentiere. Cimbalo fordert, die Europäische Union allenfalls dann als Gesprächspartner zu akzeptieren, wenn es um nichts Wichtiges gehe.

Zwar stellt auch für Cimbalo der Besuch von Präsident Bush bei der Europäischen Kommission im Jahr 2005 einen Wendepunkt in den US-EU-Beziehungen dar. Diesen »Paradigmenwechsel« hält der Autor aber für wenig stabil. Dadurch, dass Amerika mit der Europäischen Union und untergeordneten europäischen Institutionen interagiere, entstünde eine völlig neue Art von Problemen, die durch bilaterale Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedstaaten vermieden werden könnten. Denn die EU bewege sich mangels Legitimation stets am Rande ihrer Autorität. Der gegenwärtige Umgang der US-Regierung mit Brüssel sende das falsche Signal aus. Der Union werde dadurch nämlich mehr Legitimität zugemessen, als sie in Anspruch nehmen könne. Die USA hätten sich tatsächlich unbewusst zum größten Förderer der EU aufgeschwungen, indem sie sich mit ihr auf Diskussionen über heikle Themenkomplexe wie Iran eingelassen hätten. Auch die Probleme bei der Abstimmung über die finanzielle Unterstützung der Hamas zeigten, dass die EU gegenwärtig nicht als eigenständiger diplomatischer Akteur ernst genommen werden könne. Cimbalo prophezeit, dass bei Fortsetzung von Streitigkeiten dieser Art »eine wirkliche EU-Außenpolitik tot ist, noch bevor sie auf rechtlich gesicherter Basis aufgenommen werden kann«. Daher wäre Amerika zu raten, einen taktischen Rückzug von der gemeinsamen Diplomatie mit der EU in dringenden politischen Fragen zu vollziehen. Denn dabei handele es sich um »eine imaginäre Allianz mit einem illusionären neuen ›Land‹« (It amounts to an imaginary alliance with a new and illusory 'country').

## Zerfall des Westens?

Kaum weniger kritisch zeigt sich **Philip Jenkins**. In einem Beitrag für die Zeitschrift *Orbis* sagt Jenkins voraus, dass Europa aufgrund demographischer Faktoren und einer wachsenden Immigration unweigerlich zum Schauplatz einer Interessenskollision zwischen Christentum, Islam und Säkularismus werde. Mit dem Bevölkerungsrückgang in den meisten Staaten Westeuropas und den überproportionalen Geburtenraten der meist muslimischen Immigranten vollziehe sich nämlich, so Jenkins, die schnellste Säkularisierung aller Zeiten: der Rückgang des Christentums. Dieser Prozess werde nicht nur das künftige Europa entscheidend prägen, sondern sich auch auf die transatlantischen Beziehungen auswirken. Jenkins schließt nicht aus, dass die Vision eines politischen »Westens«, der auf gemeinsamen kulturellen, intellektuellen und religiösen Prinzipien und Wertvorstellungen beruht, dadurch zerfallen könnte. Er verweist auf die wachsende Gewaltbereitschaft junger Muslime in Frankreich und befürchtet eine Zunahme religiöser Konflikte in den europäischen Gesellschaften. Diese Konflikte würden sich sowohl zwischen muslimischen Gemeinden und einem säkularen Staat als auch zwischen muslimischen und christlichen Gemeinden abspielen. Bereits 2030 könnten Muslime 20 bis 25 Prozent der europäischen Bevölkerung ausmachen.

Jenkins gehört aber nicht zu jenen amerikanischen Konservativen, die vor einem »gottlosen Europa« warnen. Seiner Ansicht nach können hundert Millionen Europäer als »cultural Christians« gelten, die zwar keine Kirchgänger sind, aber doch christliche Werte teilen. Diese »cultural Christians« würden von der religiösen Rhetorik amerikanischer Politiker und dem Einfluss der Religion auf die Politik in Amerika abgeschreckt. Auch dies untergrabe die Vitalität der Idee eines politisch-kulturellen »Westens«.

Jenkins entwirft kein Katastrophenszenario, sondern fordert, die USA sollten

ein starkes Interesse an einer erfolgreichen europäischen Integrationspolitik haben. Trotz aller aktuellen und künftig drohenden Konflikte gebe es die Chance, dass die muslimischen Gemeinden in Europa zur Avantgarde eines gemäßigten, liberalen Islam werden, der sich seinerseits zum Ausgangspunkt einer »Revolutionierung« des weltweiten Islam entwickeln könne. Auch könne man durchaus noch darauf hoffen, dass in Europa ein ethnischer Schmelztiegel entstehe – und wenn es schon nicht ein Amerika-ähnlicher »melting pot« werde, dann wenigstens eine europäische »Salatschüssel« (salad bowl). Europa stehe vor der Alternative: Konflikt oder Assimilation.

Ähnlich argumentiert – ebenfalls in *Orbis* – **James Kurth**. Der Politikwissenschaftler des Swarthmore College bezweifelt, dass das »säkulare Experiment« Europa Bestand haben wird, und versucht, die gegenwärtige Identitätssuche Europas in einen gesamthistorischen Kontext zu stellen. Kurth legt dar, dass europäische Kriege stets eng mit einem Identitätswandel verknüpft gewesen seien. Er stellt den gegenwärtigen »Krieg mit dem Islamismus« in eine Reihe mit den großen historischen Umbrüchen der Identität Europas, angefangen mit dem Dreißigjährigen Krieg, der das einheitliche Selbstverständnis des christlich-katholischen Europa beendete. Ausgelöst durch den Konflikt mit dem islamischen Terrorismus, stehe der Kontinent kurz vor einem weiteren dramatischen Identitätswandel. Nach Ansicht Kurths macht die zurzeit im Westen dominierende Leitidee des Liberalismus Europa jedoch unfähig, mit dieser neuen Herausforderung umzugehen. Der säkulare Liberalismus, von dem Europa gegenwärtig beherrscht werde, habe sich zu einem hedonistischen Hyperindividualismus entwickelt, der den Kontinent, statt ihn zu einen, stärker fragmentiere, als es jemals zuvor der Fall war. Kurth unterstellt den aufgeklärten Europäern zudem, dass sie nicht in der Lage seien, andere Religionen ernst zu nehmen. Sie seien davon überzeugt, dass eine aufgeklärte Gesellschaft die Muslime letztlich dazu bewegen werde,

ihren Glauben aufzugeben und ebenfalls aufgeklärt zu werden. Diese Form des Liberalismus sei eine äußerst schwache Basis, um die muslimische Immigration zu reduzieren oder eine effektive Integration zu organisieren.

Kurth führt die inhärenten Schwächen und Fehler der europäischen liberalen Ideologie auf und erklärt, weshalb diese nicht fähig sei, dem Islamismus wirksam entgegenzutreten. Es seien gerade die Schlüsselideen des säkularen Liberalismus, die ihn ungeeignet für den »langen und schweren Krieg gegen den Islamismus« machten: Die Prinzipien der liberalen Demokratie, das Ideal der offenen Gesellschaft und das Übergewicht der individualistischen Kultur erschwerten es den Europäern, effiziente Sicherheitsmassnahmen gegen islamistische Netzwerke zu ergreifen. Seit vier Jahrzehnten gebe es zudem eine Massenimmigration von Muslimen nach Westeuropa, die großenteils auf die Unterschichten beschränkt sei. Als eine der Begleiterscheinungen des Wohlfahrtsstaats seien die europäischen Gesellschaften mehr und mehr dazu übergegangen, die »schmutzige Arbeit« in der Wirtschaft den Immigranten zu überlassen. So habe sich eine muslimische Arbeiterklasse herausgebildet, während die alte europäische Arbeiterklasse inzwischen in die Mittelschicht aufgestiegen sei. Zum religiösen komme daher auch ein Klassenkonflikt. Die hohen Reproduktionsraten der Muslime und der Bevölkerungsschwund der »einheimischen« Europäer verstärkten diesen Trend.

Demographische Faktoren, so Kurth, vertieften auch die transatlantischen Meinungsverschiedenheiten zur westlichen Politik im Mittleren Osten. Der wachsenden Stärke der muslimischen Gemeinden in Europa stehe die nach wie vor politisch einflussreiche jüdische Gemeinschaft in den USA gegenüber. Es bedürfe großer Anstrengungen der europäischen und amerikanischen politischen Führer, um sicherzustellen, dass diese doppelte Asymmetrie der Gemeinschaftsstrukturen nicht eine dauerhafte Spaltung zwischen USA und Europa

darüber bewirke, wie diese Auseinandersetzung zu führen sei. Das einzig wirksame Mittel gegen den Islamismus sieht Kurth darin, dass sich Europa auf seine christliche Identität zurückbesinnt, die seine Gesellschaft in prämoderner Zeit, vor 1500, zusammenhielt. Nur dann könne sich der Kontinent vor dem Untergang bewahren.

### Europa als Vorbild?

Eine ganz andere Tonart schlägt der Direktor des Remarque Institutes **Tony Judt** an. Auch Judt meint zwar, dass die Europäer sich den Luxus ihrer gegenüber den USA höheren Lebensqualität nicht länger leisten können. Er plädiert aber dafür, die Entstehungsgeschichte der europäischen Wohlfahrtsstaaten näher zu betrachten, bevor man Europa als dekadent verurteilt. Judt zufolge war der Wohlfahrtsstaat ursprünglich als ein Sicherheitsmechanismus konzipiert – und nicht das Resultat einer sozialen Revolution. Viele Amerikaner, so Judt, sagten das europäische System vorschnell tot, weil sie die Entstehungsgeschichte des Sozialstaats, der aus dem Krieg heraus geboren wurde, nicht begriffen haben. Die Kriegserfahrung der Amerikaner sei nicht annähernd so traumatisch gewesen wie die der europäischen Nationen. Die hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten, die sich nach 1945 herausbildeten, seien nicht Ausdruck einer neuen sozialistischen oder utopischen Ideologie, sondern einer Art politischer Prophylaxe. Seine These untermauert Judt damit, dass die Gründerväter der Wohlfahrtsstaaten gerade keine jungen Sozialisten gewesen seien, sondern meist dem konservativen Spektrum angehört hätten. Sie seien nicht zuletzt vom Wunsch motiviert gewesen, kommunistische Strömungen einzudämmen. In diesem Licht betrachtet sei die Einigung Europas eine Erfolgsstory.

Judt schließt: »Das heutige Europa ist ein Kompromiss zwischen den Lehren der Geschichte und den Zerstreuungen des Wohlstands, zwischen prophylaktischen Sozialleistungen und den Attraktionen der Profit-

maximierung. Wie all solche Kompromisse ist auch dieser zutiefst widersprüchlich und voller Fehler. Aber unter allen Modellen, die heute weltweit im Angebot sind, dürfte das europäische wohl am besten für das kommende Jahrhundert gewappnet sein.«

### Besprochene Aufsätze

- Cimbalo, Jeffrey L.**, »Brussels Unbound«, in: *The National Interest*, 84 (Sommer 2006) 2, S. 115–121.
- Dickey, Christopher**, »The Oil Shield«, in: *Foreign Policy*, 154 (Mai/Juni 2006), S. 37–39.
- Elhefnawy, Nadar**, »Toward a Long-Range Energy Security Policy« in: *Parameters*, Frühjahr 2006, S. 101–114.
- Friedman, Thomas L.**, »The First Law of Petropolitics«, in: *Foreign Policy*, 154 (Mai/Juni 2006), S. 28–36.
- Jenkins, Philip**, »Demographics, Religion, and the Future of Europe«, in: *Orbis*, 50 (Sommer 2006), 3, S. 519–539.
- Judt, Tony**, »The Future of Decadent Europe«, in: *The Brookings Institution, U.S.-Europe Analysis Series*, Februar 2006.
- Klare, Michael T.**, »Fueling the Dragon: China's Strategic Energy Dilemma«, in: *Current History*, 105 (April 2006) 690, S. 180–185.
- Kupchan, Charles**, »Is the EU Destined to Fail«, in: *TheGlobalist.com*, 16.6.2006, <[www.theglobalist.com/StoryId.aspx?StoryId=5383](http://www.theglobalist.com/StoryId.aspx?StoryId=5383)>.
- Kurth, James**, »Europe's New Identity Problem and the New Islamist War«, in: *Orbis*, 50 (Sommer 2006) 3, S. 541–557.
- Leverett, Flynt/Noël, Pierre**, »The New Axis of Oil«, in: *The National Interest*, 84 (Sommer 2006) 2, S. 62–70.
- Verleger, Philip K. jr.**, »Hundred Dollar Oil, Five Percent Inflation, and the Coming Recession«, in: *The International Economy*, Winter 2006, S. 16–19, 58–63.
- Yergin, Daniel**, »Ensuring Energy Security«, in: *Foreign Affairs*, 85 (März/April 2006) 2, S. 69–82.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6380